

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anklebungs-
teile 60 000 M., die 66 mm breite Grundzeile od. deren Raum im amtlichen Teile 100 000 M.,
unter Einfluß 120 000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeltweise Nebenblätter: Landtags-Beläge, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch
der Landes-Brandversicherungsbank, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 194

Dienstag, 21. August

1923

Veratungen des Reichskabinetts.

Die Lebensmittelbeschaffung. — Devisen- ablieferung oder Beschlagsnahme? — Die Kohlen- und Transportpreise.

Berlin, 21. August.
Gestern abend um sieben Uhr versammelte
sich das Reichskabinett unter Vorsitz des Reichs-
präsidenten zu Beratungen über die gegenwärtige
Nahrung- und Wirtschaftslage.

Auch in Regierungskreisen hält man es für
dringend erforderlich, daß der ständig
zunehmenden Teuerung mit allen
Mitteln schnellstens entgegengetritt und dem-
entsprechend auch die Mark auf einer ge-
wissen Höhe gehalten werde.

Im Vordergrund der gestrigen Beratungen
stand die Frage der Ausbringung eines
Devisenfonds. Dieser soll insbesondere zum
Ankauf von Lebensmitteln im Aus-
lande dienen, sowie zur Durchführung einer
neuen Markstützungaktion. In sachver-
ständigen Kreisen ist man der Auffassung, daß
etwa zwischen 200 und 500 Millionen
Goldmark notwendig seien, um das Ziel zu
erreichen. Über die Frage der Schaffung eines
Devisenfonds hat am Sonntag bereits eine
Aussprache zwischen dem Reichskanzler Dr.
Stresemann und den Vertretern des
Reichsverbandes der deutschen In-
dustrie stattgefunden. Dabei erklärten die
Industriellen, auch sie seien, gleich dem Kanzler,
der Meinung, daß, angesichts der gegenwärtigen
Wirtschaftslage, Abhilfemaßnahmen dringend ge-
boten wären. Sie seien deshalb bereit, zu der
Schaffung eines Devisenfonds für ihren Teil beizutragen. An diese Vorschläge mit der In-
dustrie werden sich in den nächsten Tagen weitere
Beratungen mit den Vertretern der Land-
wirtschaft und des Handels anschließen.

Offen ist im Augenblick noch die Frage, auf
welche Weise die Reichsregierung den notwen-
digen Devisenbetrag zusammenbekommen wird.
Wahrscheinlich wird sie zuerst versuchen, ihn auf
dem Wege freiwilliger Ablieferung zu
erhalten.
Erst wenn die benötigte Summe dadurch
nicht angedeckt werden sollte, dürfte sie zu
Zwangsmassnahmen greifen. Man
erwägt, in diesem Falle den Unternehmern
ein Dokument vorzulegen, auf dem sie
eideschwören ihren Devisenbesitz
angeben müßten.

Auf Grund dieser Angabe würde dann die
Reichsregierung verfügen, wieviel Prozent
des Devisenbesitzes abzuliefern seien. Der ab-
gelieferte Devisenbetrag wird dabei selbstverständ-
lich in Papiermark verzahlet. Die gestrige Kabi-
nettsberatung dauerte bis in die späten Nacht-
stunden.

Außer der Frage der Devisenbeschaffung standen
die gegenwärtigen

Kohlen- und Transportpreise

zur Beratung. Auch verschiedene wichtige Steuer-
probleme wurden eingehend erörtert. Über die
gesamten bevorstehenden wirtschaftlichen und finan-
ziellen Maßnahmen wird der Reichskanzler
im Hauptauschuß des Reichstages, der
für Donnerstag einberufen ist, aus-
sichtlich Mitteilung machen.

Werner nachmittags empfing der Reichskanzler,
aus Anlaß der Regierungsübernahme, die diplo-
matischen Vertreter der fremden Staaten.

Proteste gegen die Kohlenpreise.

Die notwendige Vorratswirtschaft.

Berlin, 21. August.

Die letzten Kohlenpreiserhöhungen (zu
denen wir im volkswirtschaftlichen Teile Stellung
nehmen), haben in der gesamten Öffentlichkeit
Alarmierend gewirkt. Von allen Seiten kommen
Proteste und Forderungen an die Reichsregie-
rung, diesen ruinösen Erhöhungen Einhalt zu tun.
Auch der Berliner Magistrat hat sich hilfe-
suchend an die Reichsregierung gewandt. Im
Reichsverkehrsministerium ist man auf die
bisherige Kohlenpreispolitik schlecht zu sprechen
und betont, gegenüber der Fut von Beschwerden
aus Anlaß der letzten Tarifierhöhungen, es sei
noch immer besser, hinter die Kohlenpreiserhöhungen
endlich einen Punkt zu machen, statt das Reichs-
verkehrsministerium durch hohe Kohlenpreise und
niedrige Tarife zu zwingen, zur Bewältigung der
Millionen an Wählern und anderen Ausgaben
die Notenpresse noch mehr zu beschäftigen.

Der Preisabfall könne nicht bei der Eisen-
bahn beginnen, sondern müsse bei der Verbrauchs-
seite anfangen.

Das Kabinett wird sich schneidend mit der
Kohlenpreisfrage befassen. Die maßgebenden
Ministerien betrachten das Vordringen des Kohlen-
preises über den Weltmarktpreis als eine sehr

erwünschte Angelegenheit, die, maßlich losgelöst von
allen politischen Überlegungen, nur unter dem
Gesichtspunkt der Wohlfahrt des Volkes erörtert
und geklärt werden müsse. Trotz den österreichischen
Warnungen habe man selbst die automatische
Anpassung der Löhne und Preise etwas auf die
letzte Schulter genommen.

In maßgebenden Vorkomitees war man
jedoch zur Zeit der Einführung der wert-
beständigen Löhne ungehalten über die her-
kunftlose Kohlenpreispolitik, und man vermehrte
einen härteren Widerstand der Arbeitnehmer-
gruppen im Reichskohlenrat. Da der Kohlen-
preis den Vergütungen bisher immer beträchtlich
voraus war, kann man sich vorstellen, wo das
Ganze enden wird, wenn die Grubenlöhne die
Friedenshöhe erreichen, die sie, nach allerdings
noch nicht konkreteren Meldungen, in Deutsch-
Oberschlesien bereits erreicht haben sollen.

Die Frage des Hausbrandes

bedarf einer Lösung, die nach sozialen Gesicht-
punkten getroffen werden muß. Auch bei der
Kohle muß eine soziale Vorratswirtschaft ge-
schaffen werden, genau wie bei den anderen wich-
tigsten Massenbedarfsartikeln. Für den Winter
muß Kohle, Fett und Brot für jedermann zu er-
schwinglichen Preisen zu haben sein. Es ist Zeit,
daß Herd und Kessel Arbeit geschaffen wird.

„Eine furchtbare Hypothek“.

In seinem Leitartikel in der „Welt am Mon-
tag“ prüft Hellmut v. Gerlach die Aussichten
des Kabinetts Stresemann und kommt zu
dem Ergebnis, daß sie nicht unglücklich zu sein
brauchen, wenn der neue Kanzler seinen „ren-
nenenden Schrei“ in die richtigen Bahnen lenke,
nämlich — mit radikalen Mitteln eine Politik der
Wesundung im Innern und mit Einsicht eine
Politik der Versöhnung nach außen“ treibe.
Dann könne er vielleicht die entscheidende Rolle
in der Geschichte spielen, die er, um jeden Preis,
spielen wolle.

Die schwerste Belastung für Stresemann seien
seine Mitarbeiter Havenstein und Gehler.

„Mit Havenstein geht es nicht. Es muß
ein Weg gefunden werden, sich seiner schrittweise
zu entledigen. Stresemann hat die Wahl:
Wahlgeier oder Adlerflug?“

Nach mit dem Reichswehrminister
hat sich Stresemann eine furchtbare Hypo-
thek ans Bein binden lassen.

Wie kommt es, daß Herr Gehler, unter
dem die Reichswehr immer einhelliger re-
aktionär wurde, von einem Ministerium auf
das andere wie kostbarer aller Familienbesitz über-
nommen wird?

Am 14. August schrieb das „Berliner
Tageblatt“:

„In verschiedenen Rundgesprächen aus dem
Reich: war die Sozialdemokratie dringend auf-
gefordert worden, unter allen Umständen gegen
ein weiteres Vordringen des Reichswehrministers
Dr. Gehler im Amte Stellung zu nehmen.
Denn noch immer sei das Verhältnis des
Militärs zu den illegalen Organi-
sationen nicht einwandfrei geklärt.
Es kam zu einigen Auseinandersetzungen. Stunden
langer Spannung, wie dieser Konflikt enden
würde, vergingen. Der Reichspräsident
legte sich ins Mittel. Aber würde er von seinem
Posten scheiden, erklärte er, als seine Zustim-
mung zu einem Rücktritt Dr. Gehlers
geben, der das unbedingte Vertrauen der Reichs-
wehr genieße. Das wolle.“

Diese Meldung ist nirgends bemerkt worden.
Das im allgemeinen durchaus zuverlässige „Ham-
burger Echo“ sagte ihr hinzu, maßgebende
Kreise der Reichswehr hätten Ebert zu dem
Schritt gedrängt, da sie nur mit Gehler zusam-
menarbeiten wollten.

Ist das wahr? Dann hätten wir ja nette
Zustände im Reich. Dann wäre eine Art Prä-
torianerherzhaft schon da. Wenn die
„entpolitisierte“ Reichswehr sich bereits anmaßen
wolle, selbst über Kabinettszusammensetzung und
die Bestimmung ihrer eigenen Vorgesetzten zu
entscheiden — das wäre der Gipfel!

Jedenfalls, das steht nach der unvor-
hergesehenen Meldung des H. T. fest:

Gehler ist der Sozialdemokratie und damit dem
Kabinett ausgegrenzt worden.

Es ist also verhindert worden, daß irgendein zu-
verlässiger und zugleich sachverständiger Republi-
kaner, etwa wie der General v. Schönau, an
die Spitze der Reichswehr trat, um sie syste-
matisch zu republikanisieren und so zu einem wirk-
lich vertrauensvollen Instrument zum Schutze
der Republik zu machen.

Zum Schutze der Republik gegen innere
Gefahren! Denn daß mit den 100 000 Mann
kein äußerer Krieg geführt werden kann, sollte
selbst Kindern einleuchten. Nur gegen
innere Wutische kommt sie in Betracht.

Stärkste Wutische drohen nur von rechts.
Die unglücklichen Wehleinrichtungen
rechts, die sind eine Gefahr. Die sind
stark militärisch organisiert. Sie verfügen über
Massen technisch leistungsfähiger Offiziere. Demen-
neben Wengru verborgener Waffen zur Ver-
fügung — Mengen, die zwar für einen äußeren
Krieg nur wie Spielzeug erscheinen, die aber die
eigenen unbewaffneten Volksgenossen auf schwerste
bedrohen.

Mit den Wehleinrichtungen stehen bestimmte
Elemente der Reichswehr in Verbindung. Herr
Gehler weiß genau, warum die, die Wehlein-
richtungen, sich in dieser Frage öffentlich höchste Zu-
rückhaltung aufsetzen.

Aber er muß doch die Zustände selber kennen.
Er muß wissen, wie es in Bayern aussieht.
Was sagt er zu den Tingen, die sich in Erlangen
abspielen? Was sagt er zu der öffentlichen Fest-
stellung des reaktionären Bremer Polizeisenators
v. Spreckelsen, daß die Bremer Reichswehr
ihre Einrichtungen für Schießübungen den
Reichsorganisationen zur Verfügung ge-
stellt hat?

Statt die Verbindung mit den Reaktionen
mit Stumpf und Stiel auszurotten und die Ver-
bindungsgefäße zum Teufel zu jagen, duldet
man dies Treiben.

Aber die Sozialdemokratie darf dies Treiben
nicht dulden, wenn sie nicht den Akt ablägen
lassen will, auf dem die Republik ruht. Trotz der
schwebenden Hand, die Ebert über Herrn Gehler
hält, müssen die sozialdemokratischen Minister für
sofortige völlige Klärung des Verhältnisses
der Reichswehr zu den wilden nationalistischen
Organisationen sorgen.

Entweder Herr Gehler entschließt sich, endlich
republikanische Ordnung in seinem Ressort
zu schaffen, oder aber ihn muß zur Tages-
ordnung übergegangen werden.

Das ist kein bloß sozialdemokratisches, das ist
ein allgemein republikanisches, das ist höchstes
Reichsinteresse. Deshalb gehört Strese-
mann in diesem Fall ganz besonders an die
Seite seiner sozialistischen Kollegen.“

Frei von jedem Nationalismus.

Minister Sollmann über das neue Reichskabinett.

Berlin, 20. August.

Der Berliner Vertreter der Schweizerischen
Depeschen-Agentur hatte eine Unterredung mit
dem Reichsminister des Innern Sollmann,
in deren Verlauf der Minister unter anderem
sagte, auch jetzt noch, wo die Erregung, die in
Deutschland in der vergangenen Woche ge-
regtet habe, abgeklaut sei, bemüht sich gewisse
Zeitungen, aufstachelnde Meldungen in die Welt
zu schicken, um dadurch den Eindruck der
Schwäche des neuen Kabinetts zu er-
wecken. Die jetzige Regierung werde sich aber
als härter erweisen als jede ihrer Vorgängerinnen
seit der Revolution.

Gewiß könne sie vor Beendigung des Ruhr-
kampfes und vor einer gewissen Lösung der
Reparationsfrage keine wirklich durch-
greifende Besserung der inneren Lage Deutsch-
lands schaffen, aber sie sei fest gewillt und habe
die Kraft dazu, Deutschland sich nicht verbluten
zu lassen. Das Reichskabinett, einschließlich des
Reichskanzlers Dr. Stresemann, halte die
demokratische Republik für die einzige Staatsform,
unter der Deutschland leben und seine Wirtschaft
entwickeln könne. Eine außenpolitische Aktivität
werde sich vielleicht ergeben, wenn die Forderung
der deutschen Regierung irgendeinen amtlichen
Widerhall in Frankreich gefunden haben werde.
Das Kabinett wolle die Hoheitsrechte der
deutschen Republik wahren, aber es jähle
sich von jedem Nationalismus frei.

Die Bravi der Putzfrauen.

Eindreher im Garten der Reichskanzlei.

Berlin, 20. August.

Am Sonntag abend hatten sich in den Gärten
der Reichskanzlei, in die seit einer Woche Dr.
Stresemann eingezogen ist, verdächtige
Gestalten eingeschlichen. Um 8,15 Uhr abends
und nochmals um 10 Uhr bewerteten Polizei-
beamte zwei Personen, die sich im Schutze der
Nacht hatten und an das Gebäude heranzutreten
versuchten. Auf Anruf ergreifen sie so-
fort die Flucht. Rangierdienste Schiffe gingen
fehl. Da die diensttuenden Beamten ohne Hände
waren, konnte bisher leider nicht festgestellt
werden, wer diese Personen waren, und was sie im
Schilde führten. Die amtliche Darstellung über
diesen Vorfall glaubt, daß der Versuch eines
Eindrehens in das Reichskabinett näher liegt als ein
Attentatsplan. Nach den Angaben, denen
Dr. Stresemann jedoch seit den ersten Tagen seiner
Kanzlerschaft von der „Kreuzzeitung“ bis
zum „Völkischen Beobachter“ ausgeht
war, und die an Geschäftigkeit die Verdächtigungen
und die Hege gegen Rathenau und Wirth
überboten, ist die Ansicht eines politischen Attentats
viel wahrscheinlicher und näher liegend, als
ein Eindrehversuch.

Auch gegen Dr. Hilferding hat, insbesondere
von München aus, eine Hege eingeschikt, die mit
den gemeinen Verleumdungen arbeitet.
In Anbetracht dessen wäre eine Änderung des
Republikstrafgesetzes dahin zu erwägen, daß auch
die intellektuelle Verleumdung zu Strafen
unter schwerster Strafe gestellt wird, bevor ein
neues Opfer zu beklagen ist. Es ist anzuneh-
men, daß die Volkspartei den Gedanken der
Aufhebung gewisser Paragraphen des Straf-
gesetzes jetzt endlich ausgeprochen hat, nachdem sie
durch Erfahrungen klug geworden ist.

Zustizreformen.

Die Pläne des Reichsjustizministers Mabdruch.

Der neue Reichsjustizminister Prof. Dr. Rab-
bruch macht im „Vorwärts“ einige Mitteilungen
über die wichtigsten neuen Aufgaben, die, auf den
Gebieten des Straf- und des Zivilrechts, vom
neuen Reichskabinett in Angriff genommen werden
sollen. Nach Herr Mabdruch ist der Meinung, daß
das bürgerliche Recht zu einem gewissen Still-
stand gekommen sei. Zwar stellt er Reformen
auf den Gebieten des Familienrechts, des
Ehevertragsrechts und des Erbrechts
in Aussicht, aber er scheint selbst keine großen
Erwartungen in die Richtung dieser Punkte